

Vertrauen als Akzeptanzressource der Unionsbürgerschaft: das Beispiel Kommunalwahlrecht

Delhey, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Delhey, J. (2008). Vertrauen als Akzeptanzressource der Unionsbürgerschaft: das Beispiel Kommunalwahlrecht. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 4493-4504). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-154812>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Vertrauen als Akzeptanzressource der Unionsbürgerschaft – das Beispiel Kommunalwahlrecht

Jan Delbey

Das europäische Projekt ist nicht nur ein politisches Experiment der Fusionierung und Netzbildung von Staaten, sondern auch ein gesellschaftliches. Nahezu geräuschlos wurden im Sogwasser der politischen und wirtschaftlichen Integration auch die Gesellschaften der Mitgliedstaaten europäisiert. Waren sie zu Zeiten Monnets, und selbst noch in den 1970er Jahren, rechtlich relativ geschlossene Einheiten – eben »Container« (Beck 2002) – bildet die Staatengemeinschaft heute einen paneuropäischen Mitgliedschaftsraum, der einen Sockel gleicher Rechte für alle EU-Bürger definiert. Die Unionsbürgerschaft hat die Einwohner der anderen Mitgliedstaaten zu »Quasi-Landsleuten« aufgewertet. Die nationalen gesellschaftlichen Gemeinschaften öffnen sich füreinander, sie werden europäisiert.

Die Öffnung der »Container« ist Fakt. Doch wie steht es um die Unterstützung der Bürger für diesen Prozess? Und welche Faktoren befördern die Europäisierungsakzeptanz? Für die Akzeptanz offener Arbeitsmärkte gibt es einen »Mismatch« zwischen EU-Recht und den Präferenzen der Bürger (Gerhards 2006). Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollen Landsleute bevorzugt werden. Gilt diese Haltung auch für den politischen Kern der Unionsbürgerschaft, die Wahlrechte für EU-Bürger?

In diesem Beitrag wird untersucht, inwieweit Vertrauen in Menschen aus den anderen EU-Ländern eine Akzeptanzressource der Unionsbürgerschaft ist. Eine positive Rolle von Vertrauen lässt sich sowohl demokratietheoretisch als auch auf der Grundlage des Sozialkapitalansatzes ableiten. Als Beispiel dient die Akzeptanz der Kommunalwahlrechte für EU-Bürger. Da das Recht zu wählen und sich wählen zu lassen zum Kernbestand jeder demokratisch verfassten Nationalgesellschaft gehört, stellt die Öffnung für EU-Bürger in dieser politischen Dimension einen besonders weitreichenden Schritt dar, auch wenn Kommunalwahlen gemeinhin als nachrangig gelten. Im Folgenden werden die Regelungen zum Kommunalwahlrecht als Teil der Unionsbürgerschaft zunächst erläutert, dann der Bedeutung von Vertrauen für diese Dimension der Europäisierungsakzeptanz theoretisch und empirisch nachgegangen.

Unionsbürgerschaft und Europäisierung des Kommunalwahlrechts

Kurz ein Blick zurück auf die Nationalstaaten: Im Zuge der Nationsbildung haben die europäischen Nationalstaaten viel Kraft darauf verwandt, die Einwohner ihres Territoriums in eine Mitgliedschaftsgruppe zu transformieren (Rokkan 2000). Der Staatsbürgerschaft kam dabei als »Instrument sozialer Schließung« (Brubaker 1992) strategische Bedeutung zu. Die EU ist nun ihrerseits ein politisches System, das bestrebt ist, aus der Bevölkerung ihres Territoriums eine Mitgliedschaftsgruppe zu formen (Bartolini 2005: Kap. 5; Mau 2006a, 2006b). Die Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten, aus Brüsseler Sicht lediglich Binnengrenzen, werden umdefiniert, poröser, bisweilen beseitigt, gleichzeitig eine Grenze zur Welt außerhalb der Staatengemeinschaft befestigt. Ein Meilenstein ist dabei die Unionsbürgerschaft, definiert sie doch die EU-Bürger rechtlich bindend als Mitgliedschaftsgruppe. Allerdings sollte man die Analogie zur Nationswerdung (z.B. bei Panebianco 2004) nicht überzustrapazieren (Beck/Grande 2004; Rumford 2002).

Die Unionsbürgerschaft wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt. Erstmals wurde kodifiziert, dass die Bürger der einzelnen Mitgliedstaaten zugleich Unionsbürger mit bestimmten Rechten sind. Von Brüssel als Mittel gegen das Legitimationsdefizit der EU gedacht, soll die Unionsbürgerschaft die Europäer enger an Brüssel binden und zu einer gemeinsamen politischen Identität beitragen (Panebianco 2004; Hersom 2004). Die Unionsbürgerschaft ergänzte die bereits bestehenden Rechte von Freizügigkeit und Nicht-Diskriminierung um eine politische Dimension. In anderen Mitgliedstaaten lebende EU-Bürger haben das Recht, bei den dortigen Europa- und Kommunalwahlen zu wählen und sich wählen zu lassen. Dies verbessert den Status der mobilen EU-Bürger, 6,9 Millionen in der EU-25 entsprechend 1,5 Prozent der Bevölkerung (Eurostat 2004).¹ Für alle anderen ist es eine potentielle Verbesserung. Weiterhin genießen die EU-Bürger diplomatischen und konsularischen Schutz durch Botschaften der Partnerländer, sofern das eigene nicht vertreten ist. Auf EU-Organe bezogene Rechte wie das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und das Recht auf Anrufung des Bürgerbeauftragten runden das Paket ab.

Insbesondere durch die Wahlrechte hat die Unionsbürgerschaft den »Marktbürger« zum »Mitbürger« aufgewertet (Panebianco 2004; Bergmann 2001) – zumindest unternimmt sie einen Schritt in diese Richtung. Die Wählerschaft bei Europa- und Kommunalwahlen ist nicht mehr ausschließlich national definiert, so dass die nationalen politischen Gemeinschaften ihre Exklusivität verlieren: »In principle, the portability of voting and candidacy rights linked to residence opens up the boundaries

¹ Zuvor hatten bereits einzelne Mitgliedstaaten Ausländern die Beteiligung an lokalen Wahlen ermöglicht.

of the nation-state, allowing non-nationals to enter its political community« (Bartolini 2005). Geschichtlich betrachtet ist diese politische Öffnung ein gravierender Einschnitt.

Vertrauen als Akzeptanzressource

Unter Legitimitätsgesichtspunkten ist die Europäische Union dann ein stabiles und legitimes Institutionengefüge, wenn ihre Grundprinzipien auch von den Bürgern getragen werden; zumindest sollte keine allzu große Lücke bestehen. Das gilt auch für die Unionsbürgerschaft. Damit rückt die Frage in den Vordergrund, welche Faktoren die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Öffnung beeinflussen. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Beitrag dem sozialen Vertrauen. Vertrauen ist die Erwartung, dass sich andere verlässlich und freundlich verhalten (Inglehart 1991). Wer vertraut, geht davon aus, dass andere ihm nicht wesentlich schaden und, wenn immer möglich, in seinem Sinne handeln (Newton 2001). Für EU-Europa ist mithin die Erwartung zentral, dass sich die Menschen aus den Partnerländern verlässlich und freundlich verhalten. Besteht diese Erwartung, so dürfte die Bereitschaft bestehen, diese auch als politisch Gleiche anzuerkennen – und ihnen politische Rechte wie die Kommunalwahlrechte einzuräumen. Wer den anderen Europäern misstraut, dürfte an nationaler Schließung festhalten wollen.

Überlegungen aus unterschiedlichen Richtungen untermauern diese Erwartung. Zum einen sind es normative Demokratietheorien, die neben einer gewissen Bindung der Bürger an die Idee der Demokratie und ihre Institutionen und Repräsentanten auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der Bürger untereinander als Voraussetzung einer legitimierten politischen Ordnung sehen. So argumentiert Charles Taylor, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft nur dann für ein wertvolles Gut gehalten wird, wenn die Bürger eine starke Bindung an die übrigen Teilnehmer dieses Unternehmens spüren. Nur bei starkem Zusammenhalt verstehen sich die Mitglieder auch dann als frei, wenn ihr Wille in wichtigen Fragen nicht zum Zuge kommt (Taylor 2003). Vertrauen kann durchaus als Bestandteil eines solchen Zusammengehörigkeitsgefühls verstanden werden.

Ohne eine bestimmte politische Verfasstheit voranzusetzen, geht auch die Sozialkapitalforschung von einer positiven Wirkung von Vertrauen auf menschliche Organisation aus – auf der Verhaltens- und der Einstellungsebene (Fukuyama 1995). Hier sollen einige wenige Gedanken zur Einstellungsebene genügen. In der Regel wird argumentiert, dass mit Vertrauen Empathie, Solidarität und Inklusionsbereitschaft gegenüber »anderen« einhergehen (Uslaner 2002; Putnam 2000). Vertrauen, so wird behauptet, beinhaltet eine moralische Selbstverpflichtung, sich um

das Wohlergehen anderer zu kümmern; stärke die Bindung der Menschen an die Gemeinschaft; und erhöhe die Bereitschaft, sich Fremden gegenüber zu öffnen. Diese Verhaltensdispositionen müssten im Prinzip sozialen Einheiten jeder Größenordnung zugute kommen, von überschaubaren Gemeinschaften bis zu Nationen und Staatenbünden. Allerdings hat in komplexen Einheiten nicht jede Form von Vertrauen diesen Brücken schlagenden Effekt. Partikulares Vertrauen kann Gruppengrenzen nur schwer überwinden. Hilfreicher ist generalisiertes soziales Vertrauen, welches gerade nicht an partikulare Interessen gebunden ist. Im Kontext der EU sind nationale Interessen partikulare Interessen. Integrationsförderlich wäre es deshalb, wenn die EU-Bürger ihr Vertrauen auf die Bevölkerung der Partnerländer ausdehnten. Vertrauen sollte sich zumindest EU-weit generalisieren. Für eine Staatengemeinschaft ist Vertrauen deshalb eine wichtige Integrationsressource, weil die »mechanische« Solidarität des Nationalstaats nicht vorausgesetzt werden kann (Münch 2001). Als *weak ties* sind Vertrauensbeziehungen weniger voraussetzungsvoll als die *strong ties* einer europäischen Identität.

Akzeptanz der Kommunalwahlrechte für Unionsbürger

Aufschluss über unionsbürgerschaftsrelevante Einstellungen gibt das Eurobarometer 46.0 aus dem Jahr 1996. Die Umfrage fand wenige Jahre nach den Maastrichter Beschlüssen statt, aber noch vor der erstmaligen Anwendung der Kommunalwahlrechte im Jahr 2000: Die Eurobarometer-Umfragen (EB) der Europäischen Kommission werden bekanntermaßen seit 1974 in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft erhoben. Die Umfragen sind repräsentativ für die Bevölkerung ab 15 Jahre. Pro Land werden ca. 1000 Personen befragt, in den kleineren Mitgliedstaaten sind es 300.

Die Einstellung zur Europäisierung des Kommunalwahlrechts wurde wie folgt erfragt:

»What is your opinion on each of the following proposals? Please tell me for each proposal, whether you are for it or against it. (...)

(h) Any citizen of another European Union country who resides in (OUR COUNTRY) should have the right to vote in local elections? For, against?

(i) Any citizen of another European Union country who resides in (OUR COUNTRY) should have the right to be a candidate in local elections? For, against?«

Das aktive Wahlrecht fand in der Mehrzahl der Länder Zustimmung jenseits der 50-Prozent-Marke, am deutlichsten in Irland, Spanien und Italien (Abbildung 1, links). Nur in Dänemark, Österreich und Schweden waren die Gegner knapp in der Über-

zahl. Diese überwiegende Zustimmung sollte aber nicht den Umstand verdecken, dass nur in fünf Ländern eine Zweidrittelmehrheit der Befragten den Vorschlag unterstützte. Mit anderen Worten: eine doch beachtliche Minorität lehnte das aktive Wahlrecht für andere EU-Bürger ab, in drei Länder sogar eine Mehrheit.

Das passive Kommunalwahlrecht, also das Recht zur Kandidatur, fand durchweg weniger Befürworter als das aktive. In neun Ländern der EU-15 wurde das Recht zur Kandidatur eher abgelehnt denn befürwortet, in nur vier Ländern wurde es mehrheitlich eher befürwortet. Besonders ablehnend zeigten sich dabei neben den Belgiern erneut die Dänen und Österreicher; Rückhalt findet der Vorschlag insbesondere bei den Spaniern, Italienern und Iren (Abbildung 1, unten rechts). Ein kommunalpolitisches Mandat bedeutet mehr Macht als eine Stimme, so dass die Vorbehalte, EU-Mitbürger in kommunale Ämter zu wählen, größer ist als die Vorbehalte, diese wählen zu lassen. Die EU-Bürger sind allenfalls halbherzige Europoliten und nur begrenzt bereit, einander als politisch »Gleiche« anzuerkennen – selbst auf der kommunalen Ebene.

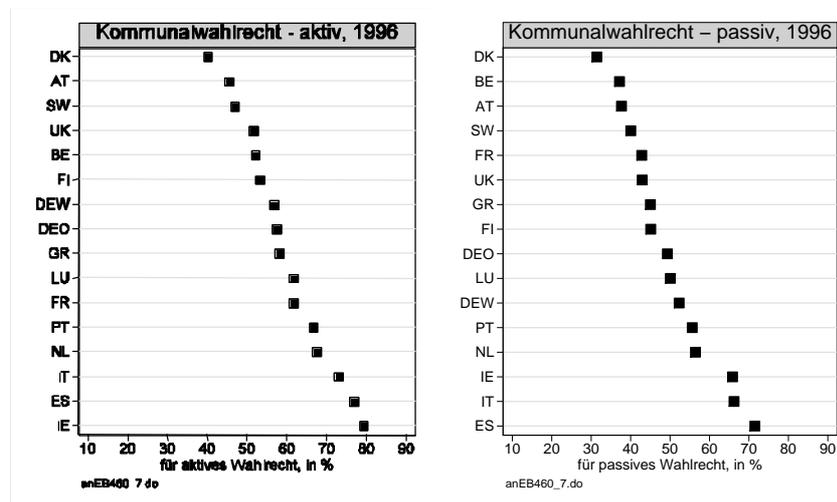


Abbildung 1: Akzeptanz des Kommunalwahlrechts

(Quelle: Datenbasis: Eurobarometer 46.0, eigene Berechnung)

Europäisierungsakzeptanz und Vertrauen

Welche Rolle spielt nun Vertrauen in die Partnervölker in diesem Zusammenhang als individuelle Einstellungs determinante? Vertrauen wird im verwendeten Eurobarometer wie folgt erhoben:

»Now, I would like to ask you a question about how much trust you have in people from various countries. For each, please tell me whether you have (1) a lot of trust of them, (2) some trust, (3) not very much trust or (4) no trust at all?«

Es folgt eine Liste, die unter anderem die damaligen EU-Länder umfasst. Die Umfragen liefern folglich ein Vertrauensurteil jedes Befragten zu allen EU-Bevölkerungen. Aus diesem Material wurde ein einfacher Indikator für transnationales Vertrauen gebildet, indem die Anzahl der Partnervölker aufsummiert wurde, denen die Befragten angeben zu vertrauen (Antwortoptionen 1 und 2). Der Index kann folglich Werte zwischen 0 und 14 annehmen (EU-15, das 15. Mitgliedsland ist ja das eigene).

Deskriptiv ist das Bild wie erwartet: Überall wächst mit dem Vertrauen die Akzeptanz des Kommunalwahlrechts für EU-Ausländer. In Abbildung 2 wurden die Bevölkerungen in Gruppen mit geringem, mittlerem und großem transnationalen Vertrauen unterteilt und die Einstellung dieser Gruppen zum Kommunalwahlrecht ausgewiesen. Man sieht auch, dass Vertrauen mal mehr, mal weniger einstellungsrelevant ist. In einigen Ländern sind die Zustimmungsunterschiede zwischen den Vertrauensgruppen gering (so in Irland, Spanien und Italien), in anderen beträchtlich (z.B. in Frankreich, Belgien, Österreich und Westdeutschland).

Um den Einfluss von Vertrauen wasserdicht belegen zu können, ist ein härterer statistischer Test nötig. Zunächst gilt es, soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und Beruf zu berücksichtigen, denn die Europäisierung erzeugt Gewinner und Verlierer entlang soziodemografischer Merkmale (theoretisch: Vobruba 1997, 2005). Auch die Bereitschaft zu sozialem Vertrauen ist sozialstrukturell geprägt (Delhey und Newton 2003; Freitag 2003), Ähnliches gilt für Haltungen zur EU (zusammenfassend Hix 1999).

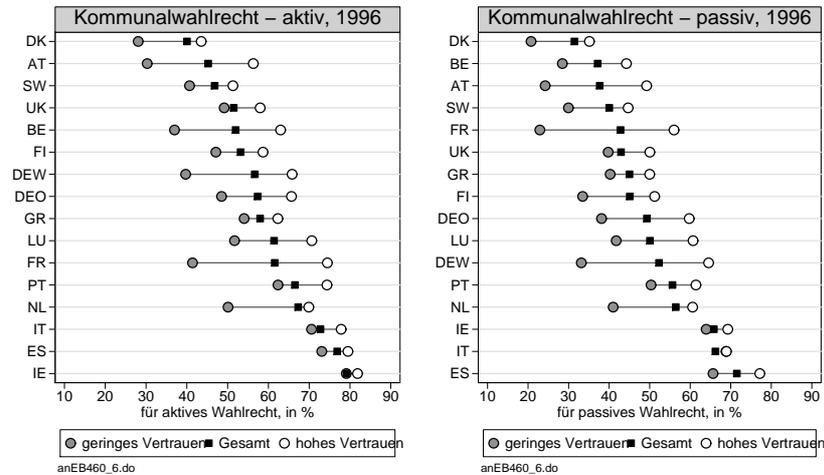


Abbildung 2: Europäisierungsakzeptanz verschiedener Vertrauensgruppen

(Quelle: Datenbasis: Eurobarometer 46.0, eigene Berechnung)

Auch unter Berücksichtigung soziodemografischer Merkmale beeinflusst Vertrauen die Haltung zur Unionsbürgerschaft (Tabelle 1, Model 1). Abhängige Variable ist dabei die kombinierte Haltung zum aktiven und passiven Kommunalwahlrecht aus dem Eurobarometer 46.0. Die Befragten unterscheiden sich also darin, ob sie keinem, einem oder beiden Wahlrechten für EU-Ausländer zustimmen. Gerechnet wurde eine Regressionsanalyse (in diesem Falle eine ordinale logit-Analyse) für die gesamte EU-15 (alle Fälle wurden zusammengefasst).² Das Hauptergebnis dieses Untersuchungsschritts ist, dass mit dem Vertrauen die Bereitschaft wächst, den EU-Mitbürgern kommunale Wahlrechte zuzubilligen. Dies zeigt der signifikante Koeffizient für »transnationales Vertrauen« im Modell 1 an.

In einem nächsten Schritt werden andere Motive einbezogen, warum die Unionsbürgerschaft auf Zustimmung oder Ablehnung treffen könnte. Wiederholt wurde die hohe Interessenabhängigkeit von (europapolitischen) Einstellungen belegt. Im hier verwendeten Eurobarometer wird die EU-bezogene Interessenlage durch das Statement gemessen: »Das Land profitiert von der EU-Mitgliedschaft«. Die sozialpsychologische Vorurteilsforschung betont Gruppenkonflikte als wichtige Determinanten von Einstellungen. Wenn »andere Gruppen« Konkurrenten um

² Dabei wurden die Länder-Kontexte über Länder-Dummys kontrolliert, mit Westdeutschland als Referenz (in der Tabelle aus Platzgründen nicht ausgewiesen).

knappe Ressourcen sind oder als solche wahrgenommen werden, sind negative Einstellungen wahrscheinlich. Die verwendete Umfrage bietet leider keine direkte Messung einer solchen Konkurrenzwahrnehmung. Einen Ausweg bieten Fragen zum wirtschaftlichen Optimismus der Befragten, die zu einem Optimismus-Index zusammengefasst wurden. Wer in wirtschaftlichen Dingen optimistisch in die Zukunft sieht, dürfte die Einwohner der Partnerländer nicht als Konkurrenten sehen. Eine dritte Erklärungsalternative ist die politische Grundorientierung der Befragten. Traditionell steht in westlichen Demokratien »links« für Gleichheit, Solidarität und Internationalismus, »rechts« für Hierarchie, »natürliche« Solidaritätsgrenzen und den Nationalstaat.

Alle vier Motive sind für die Europäisierungsakzeptanz wichtig, jedoch nicht gleichermaßen (Tabelle 1, Modell 2).³ Der Nutzen der EU-Mitgliedschaft steht an erster Stelle. Dabei dürften wirtschaftliche und finanzielle Erwägungen (Stichworte EU-Finanzhilfen, Netto-Zahler vs. Netto-Empfänger) eine prominente Rolle spielen. Das zweitwichtigste Motiv ist das transnationale Vertrauen. Mit dem Vertrauen in die Partnervölker wächst die Bereitschaft, die Kommunalwahlrechte auf diese auszudehnen. Über die Rangfolge der anderen beiden Motive lässt sich keine Aussage treffen, doch wie erwartet steigt die Europäisierungsakzeptanz mit dem wirtschaftlichen Optimismus, und sie fällt, je weiter Rechts sich die Befragten politisch verorten.

Vertrauen bleibt auch dann eine wichtige Größe, wenn man mit der Selbstidentifikation als »Europäer« einen weiteren Ausdruck von Gemeinschaftsgefühl berücksichtigt (Tabelle 1, Modell 3). Vertrauen ist folglich nicht mit Identität gleichzusetzen und eine eigenständige Akzeptanzressource der Unionsbürgerschaft. Allerdings ist die Identifikation mit Europa der wirkungsmächtigere Kitt, gleichrangig mit dem Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Dies ist mit Durkheim nicht weiter verwunderlich, ist mechanische Solidarität (z.B. Identität) doch »dicker« als organische Solidarität (z.B. Vertrauen).

³ Das bisherige Modell 1 wurde um die drei neuen Variablen ergänzt. Die erklärenden Variablen, ausgenommen die Länderdummies und soziodemografischen Merkmale, wurden EU-weit Z-standardisiert, so dass die Effekte direkt miteinander vergleichbar sind. Ein positiver Schätzer (b) gibt eine höhere Chance an, dass die Befragten den Kommunalwahlrechten für EU-Ausländer zustimmen.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
	b/t	b/t	b/t
<i>Soziodemografie</i>			
Alter in Jahren	0.010 (1.68)	0.013 (1.75)	0.007 (1.03)
Alter quadriert	-0.000 (-1.91)	-0.000 (-1.40)	-0.000 (-0.66)
Geschlecht, 1 = Mann	-0.079* (-2.40)	-0.045 (-1.14)	-0.056 (-1.40)
Bildung komplett (Alter)	0.044*** (6.04)	0.036*** (4.17)	0.018* (2.01)
Noch in Ausbildung	0.405*** (5.06)	0.285** (2.96)	0.091 (0.93)
Einkommen unterstes Viertel	-0.033 (-0.58)	-0.005 (-0.07)	0.005 (0.07)
Einkommen zweitunterstes Viertel	-0.062 (-1.17)	-0.065 (-1.04)	-0.057 (-0.90)
Einkommen oberstes Viertel	-0.016 (-0.30)	-0.037 (-0.59)	-0.044 (-0.70)
Einkommen keine Angabe	-0.136** (-2.59)	-0.140* (-2.19)	-0.138* (-2.13)
Arbeitslose	0.084 (1.21)	0.168* (2.00)	0.163 (1.92)
Manager	0.174** (2.86)	0.167* (2.37)	0.145* (2.03)
<i>Innere Motive</i>			
Transnationales Vertrauen	0.294*** (16.17)	0.243*** (10.73)	0.210*** (9.12)
Nutzen EU-Mitgliedschaft		0.374*** (17.06)	0.303*** (13.35)
Optimismus Index		0.125*** (5.68)	0.111*** (4.97)
Links-Rechts Selbsteinstufung		-0.150*** (-7.57)	-0.141*** (-6.99)
Europäische Identität (1 = ja)			0.304*** (13.94)

<hr/>			
cut1			
_cons	-0.166 (-1.03)	-0.208 (-1.07)	-0.376 (-1.90)
cut2			
_cons	0.485** (3.00)	0.488* (2.51)	0.335 (1.69)
r2			
N	14022	10110	9969
<hr/>			

Proportional odds models

Kontrolliert für Länder (Länderdummies nicht ausgewiesen)

Signifikanzniveaus: * = $p < .05$; ** = $p < .01$; *** = $p < .001$

Tabelle 1: Determinanten der Einstellung zu Kommunalwahlrechten für EU-Mitbürger

(Quelle: Datenbasis: Eurobarometer 46.0, eigene Berechnung)

Fazit

Resümieren wir. Die Öffnung des Kommunalwahlrechts für EU-Bürger findet in den alten Mitgliedstaaten nicht ungeteilte Zustimmung, insbesondere nicht das passive Wahlrecht. Insoweit besteht eine gewisse Lücke zwischen EU-Recht und der Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung. Für die individuelle Haltung der EU-Bürger zur Unionsbürgerschaft ist grenzüberschreitendes Vertrauen eine wichtige Legitimationsressource – zusätzlich insbesondere zur Identifikation mit Europa und zu utilitaristischen Erwägungen bezüglich der EU-Mitgliedschaft. Letzteres bedeutet, dass auch die gesellschaftliche Europäisierung auf Output-Legitimation (Scharpf 2005) angewiesen ist. Aber eben nicht allein. Europäische Identität und gegenseitiges Vertrauen sind wichtige nicht-utilitaristische Grundlagen. Vor diesem Hintergrund ist es für die EU nicht unproblematisch, dass den neuen EU-Bürgern vielfach nur geringes Vertrauen entgegengebracht wird (Delhey 2004, 2006). Mit der Osterweiterung tritt deutlicher als zuvor ein Widerspruch zwischen formaler und informeller Gemeinschaftsbildung zu Tage. Der formalen Rechtsgleichheit aller Unionsbürger steht die Abstufung des informellen Vertrauens nach Nationalität gegenüber. Das kosmopolitische Europa hat seine Grenzen.

Literatur

- Bartolini, Stefano (2005), *Restructuring Europe. Centre formation, system building and political structuring between the nation-state and the European Union*, Oxford.
- Beck, Ulrich (2002), »Cosmopolitan Society and Its Enemies«, in: Günter Burkart/Jürgen Wolf (Hg.), *Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen*, Opladen, S. 389–406.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004), *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M.
- Bergmann, Jan (2001), *Recht und Politik der Europäischen Union. Der Integrationsverbund vor der Osterweiterung*, Grevenbroich.
- Brubaker, Rogers (1992), *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge.
- Delhey, Jan/Newton, Kenneth (2003), »Who Trusts? The Origins of Social Trust in Seven Societies«, *European Societies*, Jg. 5, H. 2, S. 93–137.
- Delhey, Jan (2004), »Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union«, *Leviathan*, Jg. 32, H. 1, S. 15–45.
- Delhey, Jan (2006), »Erweiterungen contra Integration? Zum Verhältnis von territorialer Expansion und innerer Integration der Europäischen Union«, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.), *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?*, Berlin, S. 309–332.
- Eurostat (2004), *The social situation in the European Union 2004*, Luxembourg.
- Freitag, Markus (2003), »Beyond Tocqueville: The Origins of Social Capital in Switzerland«, *European Sociological Review*, Jg. 19, H. 2, S. 217–232.
- Fukuyama, Francis (1995), *Trust. The social virtues and the creation of prosperity*, New York.
- Gerhards, Jürgen (2006), »Europäische versus nationale Gleichheit. Die Akzeptanz der Freizügigkeitsregel für Arbeitskräfte in den Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union«, in: Martin Heidenreich (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb*, Frankfurt a.M., S. 253–276.
- Hersom, Camilla (2004), »European Citizenship and the Search for Legitimacy: The Paradox of the Danish Case«, in: Edward Moxon-Brown (Hg.), *Who are the Europeans now?*, Aldershot, S. 37–77.
- Hix, Simon (1999), *The Political System of the European Union*, Houndmills.
- Inglehart, Ronald (1991), »Trust Between Nations: Primordial Ties, Societal Learning and Economic Development«, in: Karlheinz Reif/Ronald Inglehart (Hg.), *Eurobarometer. The Dynamics of European Public Opinion. Essays in Honour of Jacques-René Rabier*, Houndmills, S. 145–186.
- Mau, Steffen (2006a), »Die Politik der Grenze. Grenzziehung und politische Systembildung in der Europäischen Union«, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 16, H. 1, S. 115–132.
- Mau, Steffen (2006b), »Grenzbildung, Homogenisierung, Strukturierung«, in: Martin Heidenreich (Hg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt a.M./New York, S. 109–136.
- Münch, Richard (2001), *Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt a.M.
- Newton, Kenneth (2001), »Trust, Social Capital, Civil Society, and Democracy«, *International Political Science Review*, Jg. 22, H. 2, S. 201–214.
- Panebianco, Stefania (2004), »European Citizenship and European Identity: From Treaty Provisions to Public Opinion Attitudes«, in: Edward Moxon-Brown (Hg.), *Who are the Europeans now?*, Aldershot, S. 2–36.

- Putnam, Robert D. (2000), *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Rokkan, Stein (2000), *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt a.M.
- Rumford, Chris (2002), *The European Union. A Political Sociology*, Oxford.
- Scharpf, Fritz W. (2005), »Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats«, in: Gunnar Folke Schuppert u.a. (Hg.), *Europawissenschaft*, Baden-Baden, S. 705–736.
- Taylor, Charles L. (2003), »Religion, politische Identität und europäische Integration«, *Transit*, Jg. 26, H. S. 166–189.
- Uslaner, Eric (2002), *The Moral Foundation of Trust*, Cambridge.
- Vobruba, Georg (1997), *Autonomiegewinne. Sozialstaatsdynamik, Moralfreiheit, Transnationalisierung*, Wien.
- Vobruba, Georg (2005), *Die Dynamik Europas*, Wiesbaden.